VIK-Stellungnahme

zum

Energiefahrplan 2050 der EU-Kommission

25. Mai 2012

Am 15. Dezember 2011 stellte EU-Kommissar für Energie Günther Oettinger den Energiefahrplan 2050 für den Umbau der Energieversorgung in Europa vor. Die Generaldirektion Energie untersucht darin die mit einem EU-Dekarbonisierungsziel verbundenen Herausforderungen.

Wegen des engen Sachzusammenhangs ist die VIK-Stellungnahme insbesondere auch als Impuls für die "Roadmap for moving to a low-carbon economy in 2050" der Generaldirektion Klimaschutz unter Leitung von Connie Hedegaard zu verstehen, die im März 2011 vorgelegt wurde.

Einführend weist VIK auf folgendes hin:

- Der Energiefahrplan stellt lediglich eine Ideensammlung dar. Der Fahrplan gibt nur Szenarien und Prognosen auf Basis von Annahmen und Zielen vor.
- Er wirkt weder legislativ, noch bereitet er unmittelbar konkrete Gesetzgebungsvorhaben vor.
- Gleichwohl setzt der Fahrplan einen Rahmen und benennt die Herausforderungen für aktuelle und zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitiken der EU.
- Darüber hinaus weist der Energiefahrplan die Besonderheit auf, dass er einen langen 40-jährigen Analysezeitraum erfasst.
- Leider mangelt es dem Fahrplan an einer konkreten Kostenrechnung, wie viel Euro welches Dekarbonisierungsszenario kostet.

Autoren: Dr. Annette Loske
RA Lars Jope
Prof. Peter Oligmüller

VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V.
Hauptgeschäftsstelle Essen: Richard-Wagner-Straße 41 • 45128 Essen
Büro Berlin: Friedrichstr. 187 • 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)2 01/ 8 10 84-0 • Fax. +49 (0)2 01 / 8 10 84-30
Postanschrift: PF 10 39 53 · 45039 Essen
info@vik.de • www.vik.de

Zusammengefasst sind folgende Inhalte wichtig:

- Der Energiefahrplan baut auf die **Verpflichtung** zu **80 – 95 % CO_2-Einsparung bis 2050** als gesetzte Größe.
- Das Ziel der EU-Dekarbonisierung soll ausdrücklich unter **Gewährleistung** der **Energieversorgungssicherheit** und der **Wettbewerbsfähigkeit** erreicht werden.
- Bei der Senkung der Treibhausgasemissionen wird **besonderer Druck auf die Energiesysteme** entstehen.
- Es werden **zwei Trendszenarien**[1] mit **fünf Dekarbonisierungsszenarien**[2] verglichen.
- Strom wird eine viel größere Rolle spielen, wobei die **Strompreise bis 2030 steigen** und danach sinken werden.
- Entscheidende Stellschrauben für die Dekarbonisierung sind hohe **Energieeffizienz** und der **Ausbau** der **erneuerbaren Energien**.
- Es bedarf struktureller Änderungen für einen **Umbau des Energiesystems** wie höherer Investitionsausgaben, Energieeinsparungen und Speichertechnologien.
- **(Erd-)Gas** kommt beim Umbau eine Schlüsselrolle zu.
- **CO_2-Abtrennung und –Speicherung** wird einen erheblichen Beitrag leisten müssen.
- **Kernenergie** wird zum wichtigen Faktor als Dekarbonisierungsoption.
- Die Ergebnisse der Dekarbonisierungsszenarien gehen alle davon aus, dass **weltweite Klimaschutzmaßnahmen** ergriffen werden müssen.
- Beim Umbau des Energiesystems sind Verzerrungen und **Verluste in der europäischen Industrie** zu vermeiden.
- Es bleibt beim Bekenntnis zum **Emissionshandelssystem ETS**.

---

[1] Beim ersten Trendszenario handelt es sich um ein **Referenzszenario** auf Grundlage der bisherigen Politik mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % pro Jahr. Das zweite **Szenario der aktuellen politischen Initiativen** spiegelt das heutige Szenario unter Berücksichtigung der Ereignisse von Fukushima, den Planungen zur Energieeffizienz und der vorgeschlagenen Energiesteuer-Richtlinie wieder.

[2] Die fünf Dekarbonisierungsszenarien stellen sich wie folgt dar:
Im **Szenario hohe Energieeffizienz** steht die Energieeffizienz und Energieeinsparung im Vordergrund, d.h. das Reduzieren des Energieeinsatzes um 41% bis 2050 gegenüber 2005/2006.
Das **Szenario diversifizierte Versorgungstechnologien** geht vor allem vom Einsatz von Kernenergie und CCS im Wettbewerb aller Technologien aus.
Szenario hoher Anteil an erneuerbaren Energien setzt den Schwerpunkt im starken Fördern von erneuerbaren Energien, die bis 2050 rund 75% des Endenergieverbrauchs und 97% der Elektrizitätserzeugung ausmachen.
Beim Szenario verzögerte CCS-Technologie nimmt gegen über dem Szenario diversifizierte Technologien vor allem der Kernenergieanteil zu.
Im **Szenario geringerer Kernenergieanteil** kommen zu den im Bau befindlichen Kernkraftwerken keine neuen hinzu, was eine größere Verbreitung der CCS-Technologie zur Folge hat (ca. 32 % bei der Stromerzeugung).

Zusammengefasst nimmt VIK wie folgt Stellung:

- **Weitergehende Ziele als die 20-20-20 Vorgaben sind nicht festzuschreiben**, solange die im Energiefahrplan vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichend geprüft und getestet wurden.
- Zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ist eine **wettbewerbsfähige, innovative und unter hohen Umweltanforderungen operierende Industrie in der EU ist zu fördern**.
- Es ist **anzuerkennen, dass die energieintensiven Industrien**, die der Umbau und die Veränderung im Energiesektor besonders stark betreffen, ihren **Energieverbrauch bereits auf ein sehr niedriges, durch hohe Energieeffizienz geprägtes Maß zurückgeschraubt haben**.
- **Bei der Erneuerbaren-Förderung** ist eine **größere Konvergenz der Fördersysteme** sowie eine **größere Verantwortung** nicht nur der **Netzbetreiber** sondern auch der **Energieerzeuger für die Systemstabilität und die Systemkosten** notwendig.
- Die steigenden Strompreise und damit die „Energiearmut“ müssen berücksichtigt werden und die **energieintensiven Branchen sind während eines Übergangszeitraums zu unterstützen**.
- **Von einer Überlagerung und** damit **gegenseitigen Behinderung verschiedener Politikinstrumente** (Instrumentenmix aus Energieeffizienzrichtlinie, Emissionshandelssystem und Förderung der erneuerbaren Energien) **muss dringend abgesehen werden**.
- Es sind die **Folgen / Abweichungen vom Szenario** aufzuzeigen, **wenn** beim Umbau des Energiesystems **Speichertechnologien oder CCS nicht zur Verfügung stehen**.
- Nach momentanem Stand kann von **keiner öffentlichen Akzeptanz von CCS** in Deutschland ausgegangen werden.
- Diese **nicht vorhandene Akzeptanz** gilt ebenso für die **Kernenergie**.
- Indem (Erd-)Gas beim Umbau des europäischen Energiesystems eine Schlüsselrolle zukommt ist **mehr Integration, mehr Liquidität und eine größere Diversifizierung der Versorgungsquellen** notwendig.
- Es ist die Frage zu beantworten, was die **Folge** ist, **wenn Kernenergie nicht** wie geplant als Dekarbonisierungsoption **zur Verfügung steht**.
- Es ist die Frage zu beantworten, was die **Konsequenz** wäre, **wenn weltweite Klimaschutzmaßnahmen nicht ergriffen werden,** von deren Zustandekommen alle Ergebnisse der Dekarbonisierungsszenarien ausgehen.
- Im Zuge des Umbaus des Energiesystems sind Verzerrungen und Verluste in der Industrie dringend zu vermeiden und es gilt, **Schutzmaßnahmen gegen die Verlagerung von CO_2-Emissionen** zu ergreifen.
- Um den erheblichen Risiken einer Verlagerung von CO_2-Emissionen vorzubeugen, bedarf es einer **auf realistischen Benchmarks beruhenden, kostenfreien Zuteilung von Zertifikaten im Emissionshandel**.

VIK nimmt im Einzelnen wie folgt Stellung:

- Der Energiefahrplan baut auf die **Verpflichtung** der Europäischen Union, bis 2050 ihre **Treibhausgasemissionen um 80 – 95 %** unter den Stand von 1990 **zu senken**. Bereits die EU-Politikansätze und -Maßnahmen zum Erreichen der 20-20-20-Ziele waren sehr ehrgeizig. Die ambitionierte Zielvorgabe bis 2020, u.a. 20% Anteil aus erneuerbaren Energien zu erreichen, scheint verfehlt zu werden. Nur 7 der 27 Mitgliedstaaten werden ihre Zielvorgaben für 2010 nach eigenen Angaben wohl erreichen. Wahrscheinlich ist aber selbst diese Einschätzung noch zu hoch, da nach dem Fortschrittsbericht der EU-Kommission wohl 3 Staaten bei der Selbsteinschätzung zu optimistisch waren. VIK warnt deshalb, weitergehende Ziele über die 20-20-20 Vorgaben hinaus festzuschreiben, solange die dort vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichend überprüft und getestet wurden.

- Das Ziel der EU-Dekarbonisierung soll nach dem Energiefahrplan unter **Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit** erreicht werden. Komplexe Produktionsprozesse sind lange vor einem von der Allgemeinheit bemerkten Blackout, d.h. auch durch Kurzzeitunterbrechungen oder Qualitätseinbußen der Stromversorgung, bedroht. Bislang konnte die Bundesnetzagentur den Netzbetreibern stets eine sehr zuverlässige Versorgung ihrer Verbraucher bescheinigen. Allerdings erfasst die Bundesnetzagentur lediglich Versorgungsunterbrechungen, die drei Minuten oder länger dauern. In der Industrie können aber schon Unterbrechungen der Stromversorgung oder Spannungseinbrüche mit einer Dauer von wenigen Sekunden ganze Produktionsprozesse lahm legen, weil empfindliche elektronische Steuerungen betroffen sind. Selbst wenn die stromseitige Störung nur sehr kurz andauert, kann der Produktionsstillstand, je nach Branche und Prozess, mehrere Stunden bis sogar Tage andauern. Gerade bei diesen kurzen Unterbrechungen ist in der Vergangenheit, vermutlich aufgrund verringerter Instandhaltungsanstrengungen der Netzbetreiber, eine steigende Tendenz beobachtbar.

  Darüber hinaus fordert VIK schon seit langem, dass die CO_2-Minderungsziele nicht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen energieintensiven Industrie gehen dürfen. Es muss vielmehr darum gehen, eine wettbewerbsfähige, innovative und unter hohen Umweltanforderungen operierende Industrie in der EU zu fördern. Dem widerspricht das Ungleichgewicht, wie es seit einigen Jahren in der europäischen Energiepolitik hinsichtlich des Zieldreiecks aus Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit gesehen wird. Es geht weg von Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit allein hin zu Umwelt- und Klimaverträglichkeit. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Kommission nunmehr der Wettbewerbsnotwendigkeit der europäischen Industrie verschreibt und klare Aussagen hin zu einer wettbewerbsfähigen europäischen Industriepolitik macht, ohne dabei die Energieversorgungsicherheit zu vergessen. VIK hat die Hoffnung, dass sich dieser Ansatz nicht nur in dem Planungsdokument des Energiefahrplans, sondern auch in konkreten Politikschritten widerspiegeln wird.

- Die Kommission sieht bei einer Senkung der Treibhausgasemissionen einen **besonderen Druck auf die Energiesysteme** zukommen, da ein Großteil der verursachten Treibhausgasemissionen auf den Energiesektor entfalle. Deshalb sind die Anforderungen an Umbau und Veränderung im Energiesektor besonders stark, was wiederum die energieintensiven Industrien besonders betrifft, da sie mehr als alle anderen vom Funktionieren dieses Sektors abhängen. Sie haben darauf schon in der Vergangenheit dadurch geantwortet, dass sie ihren Energieverbrauch auf ein sehr niedriges, durch hohe Energieeffizienz geprägtes Maß zurückgeschraubt haben. Auf die neuen Anforderungen auf Basis der herausfordernden Zukunftsziele kann nun das Mittel verstärkter Energieeffizienz nicht mehr in großem Maße wirksam angewandt werden.

- Der Energiefahrplan macht deutlich, dass die **Dekarbonisierungsszenarien** langfristig kostengünstiger sind als aktuelle Politikszenarien. Die Kosten werden dabei allerdings volkswirtschaftlich berechnet, rein als aggregierte Größe in Prozent des europäischen BIP. Die Auswirkungen auf einzelne Sektoren bleiben so weitgehend unbeleuchtet. Die aktuellen Szenarien führen zu Kosten des gesamten Energiesystems in Höhe von 14,6 % des europäischen BIP gegenüber 2005 von 10,5 %.

- In den beiden Trendszenarien und den fünf Dekarbonisierungszenarien fällt auf, dass Strom in der Zukunft wohl eine noch größere Rolle spielen wird. Von einer Stromnachfrageabsenkung kann hiernach nicht die Rede sein, selbst im Szenario „Hohe Energieeffizienz“. Deshalb - so die Prognose - würden die **Strompreise bis 2030 steigen**, danach allerdings fallen. VIK begrüßt hier den Mut zur Ehrlichkeit und Preistransparenz der EU-Kommission. Wenn die Vision eines fast kohlenstofffreien Europas bis 2050 Wirklichkeit werden soll, dann wird das zumindest mittelfristig zu einer deutlichen Erhöhung der Energiepreise führen. Die Industrieverbraucher werden dann ein besonders hohes Kostenaufkommen haben.

  Bereits Ende 2010 hat VIK für verschiedene Branchen Strompreiserhöhungen mit Auswirkungen auf den Gewinn in der Branche dargestellt[3]. Diese dort aufgeführten Zahlen - festgemacht an der Besonderen Ausgleichsregelung im EEG - zeigen, dass Strompreiserhöhungen eine erhebliche Einbuße an internationaler Wettbewerbsfähigkeit für die energieintensive Industrie zur Folge hätten.

  Hinzu kommt ein sozialer Aspekt bei steigendenden Strompreisen, der private Endverbraucher in starkem Maß betrifft. Denn z.B. Netzgebühren, aber auch Mieten und zahlreiche Produkte des täglichen Lebens werden in der Folge deutlich teurer, weil deren Erzeugung teurer wird. Dies löst soziale Probleme aus, welche heute schon unter dem Stichwort „Energiearmut“ die Politik beschäftigt. Da Energiearmut eine der Ursachen für Armut in einem krisengeschüttelten Europa ist, sollten die sozialen Aspekte der Festlegung von Energiepreisen in der Energiepolitik der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Die Gesellschaft muss sich gleichwohl auf eine Erhöhung der Energiepreise in den nächsten Jahren vorbereiten und einstellen. Schutzbedürftige Kunden und energieintensive Branchen benötigen deshalb während eines Übergangszeitraums Unterstützung.

- Entscheidende Stellschrauben für die Dekarbonisierung sollen hohe **Energieeffizienz** und der **Ausbau** der **Erneuerbaren Energien** sein. Energieeffizienz ist in der Industrie seit jeher eine Überlebens- und Wachstumsstrategie, da verbesserte Effizienz Spielräume für die zukünftige Entwicklung eines Unternehmens gibt. Das liegt darin begründet, dass Effizienz einen Wettbewerbsvorteil und damit einen Hebel in die Hand geben kann, Konkurrenten zu überholen und Marktanteile hinzuzugewinnen. Dies gilt aber nur soweit, wie Effizienzsteigerungen technisch nicht überfordern und wirtschaftlich Sinn machen, insbesondere nicht zu einem Wettbewerbsnachteil umschlagen.

  Letztlich ist dies auch Kernpunkt der EU-Strategie 20-20-20, nach der die EU zu einem Wirtschaftsstandort entwickelt werden soll, der globalen Erfolg bringt. Allerdings werden in der momentan diskutierten Energieeffizienz-Richtlinie der Industrie weitere Effizienzfortschritte vorgeschrieben. Effizienz ist darin verordneter Selbstzweck und nicht etwa Stimulus zu Wachstum. In diesem Zusammenhang darf zudem nicht ausgeblendet werden, dass andere Instrumente für die Industrie bereits eingeführt sind, die Effizienzverbesserungen aufgeben. Hier ist vor allem der EU-Emissionshandel zu nennen. Von einer Überlagerung und Addierung verschiedener Politikinstrumente, die sich häufig sogar widersprechen, muss dringend abgesehen werden. Die Instrumente werden sich gegenseitig behindern und die Kosten aufblähen.

[3] VIK-Stellungnahme 53-2010 im Rahmen der Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Untersucht wurde die Chemie-, Zement-, Papier- und Stahlindustrie.

In diesem Zusammenhang ist deutlich zu machen, dass die am Standort Deutschland produzierenden energieintensiven Unternehmen im weltweiten Vergleich auf einem Spitzenniveau in Sachen Energieeffizienz liegen und damit aktiver Bestandteil deutscher Klimaschutzaktivitäten sind.[4]

Die Industrie ist in hohem Maße abhängig von einer jederzeitigen sicheren Versorgung mit Grundlaststrom. Das ist durch erneuerbare Energien derzeit nicht zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist das Herbeiführen einer Marktfähigkeit der Erneuerbaren Energien bisher nicht gelungen. Zwar wurden die Fördersätze zwischenzeitlich herabgesetzt, aber eine klare zeitliche Fristsetzung, ab wann die Förderung auslaufen wird, besteht nicht. Im Gegenteil führt die 20-jährige Bestandsgarantie der Einspeisevergütung für einmal in den Förderkreislauf eingeführte Anlagen eher zu einer Verfestigung bestimmter technologischer Ansätze, ohne dass die für die Marktfähigkeit notwendigen Innovationen ausgelöst werden.

Dabei kommt hinzu, dass die erhofften konjunkturbelebenden und Arbeitsplätze schaffenden Effekte durch die derzeitige Förderung auf Grundlage des EEG nicht in dem erhofften Maße eingetreten sind und sich die Perspektiven weiter verschlechtern werden. Die Insolvenz wichtiger deutscher Unternehmen der Solarindustrie zeigt, dass die wirklichen Gewinner der EEG-Förderung asiatische Produzenten von Photovoltaik-Anlagen sind.

So ist zwar eine partielle Substitution fossiler Brennstoffe durch Erneuerbarer Energien eingetreten. Aber auch die Erneuerbaren Energien können bei der Stromproduktion ohne fossil gefeuerte Kraftwerke als Reserve nicht auskommen. Die hierfür insbesondere notwendigen Gaskraftwerke führen zu einer Abhängigkeit von Gasproduzenten, die weder unter ökonomischen, noch unter Sicherheitsaspekten überzeugt.

Dieser Befund muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass das EEG jährlich steigende Kosten in Milliardenhöhe für die deutsche Volkswirtschaft verursacht, wodurch der Politik der Spielraum zur Erreichung weiterer Klimaschutzziele genommen wird.[5] In anderen europäischen Staaten, die derzeit wirtschaftliche Probleme zu bewältigen haben, werden die Belastungen durch eine EEG-ähnliche Förderung der Erneuerbaren Energien teilweise als nicht mehr zu verkraften angesehen. So hat Spanien die Förderung der Erneuerbaren Energien derzeit eingestellt. In Italien stehen ähnliche Entwicklungen an.

Auch ist bedeutsam, dass sich die Förderung auf bekannte Techniken konzentriert und damit Möglichkeiten noch unentdeckter Problemlösungen systematisch unterschätzt bzw. ausgeblendet werden.[6] Die Alternative in Form verstärkter Grundlagenforschung wäre nach Auffassung auch der Monopolkommission als interessanterer Weg für einen sehr ambitionierten Klimaschutz anzusehen.

Immer wieder gibt es Bekenntnisse zu einem europäischen Ansatz bei der Erneuerbaren-Förderung, die wir unterstützen. Dabei fordert VIK eine größere Konvergenz der

[4] Dies belegt u.a. die Studie „Energieeffizienz in der energieintensiven Industrie in Deutschland“ des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI), im Auftrag des VIK im Jahr 2010. Die Studie gibt einen Überblick über die bisherige Entwicklung der Energieeffizienz i.d. untersuchten Industriesektoren – Aluminium, Chemie, Stahl, Glas, Papier und Zement. Der Effizienzgrad dieser energieintensiven Industrien in Deutschland wird in einen internationalen Kontext gestellt und mit dem in den jeweiligen Sektoren anderer bedeutender Industrie- und Schwellenländern verglichen.

[5] Vergleiche Sondergutachten 59 "Energie 2011: Wettbewerbsentwicklung mit Licht und Schatten", Rn. 532 (Seite 190).

[6] Vergleiche Sondergutachten 59 "Energie 2011: Wettbewerbsentwicklung mit Licht und Schatten", Rn. 532 (Seite 190).

Fördersysteme sowie eine größere Verantwortung nicht nur der Netzbetreiber, sondern auch der Energieerzeuger für die Systemstabilität und die Systemkosten ein.

- Die Kommission fordert strukturelle Änderungen für einen **Umbau des Energiesystems**, wie höhere Investitionsausgaben in u.a. Forschung und Entwicklung. Tatsächlich ist hier mehr Anstrengung erforderlich. Marktferne Technologien sollten durch Forschung und Entwicklung gefördert und entwickelt werden, bevor es zu einer großangelegten Einführung kommt. Technologien, die für die entworfene Energiezukunft fest eingeplant, aber tatsächlich noch nicht zur Verfügung stehen, bedürfen dringend dieser Forschungsanreize. Die energieintensive Industrie wurde in den vergangenen Jahren immer wieder vor neue und veränderte Regelungen und Rahmenbedingungen gestellt, die Zukunftsplanungen mehr als schwierig machen. Vor diesem Hintergrund ist der Industrie ein gewisses Maß an Ruhe, Stabilität und Zutrauen in die Zukunft zu gönnen.
- Im Energiefahrplan 2050 kommt dem **(Erd-)Gas** beim Umbau des europäischen Energiesystems eine Schlüsselrolle zu. Gas wird gesehen als kurz- bis mittelfristiger Ersatz von Kohle und Erdöl bis 2030 oder 2035. Dafür ist mehr Integration, mehr Liquidität, größere Diversifizierung der Versorgungsquellen notwendig. Die EU muss sicherstellen, dass ölindizierte Gaspreisformeln, wie sie an fast jedem Grenzübergangspunkt vorzufinden sind, soweit als möglich durch wettbewerbsorientierte Preisformeln ersetzt werden. Sollten die Ölpreisformeln weiterhin Bestand haben, ist mit stark steigenden Gaspreisen zu rechnen, da die bestehenden Ölvorkommen immer weiter zur Neige gehen und Preissteigerungen deshalb unausweichlich sind.
- **CCS** wird als Hebel fest eingeplant. Für die Industrie ist CCS allerdings nur dann eine Option, wenn es weltweit angewandt wird. Denn die zusätzlichen Anforderungen an CCS bringen die Produktionskosten komplett aus dem Wettbewerbsvergleich im globalen Maßstab heraus. Zudem muss die Frage beantwortet werden, was passiert, wenn kein CCS zur Verfügung steht (technisch oder politisch?). Würde das ein Ende von Produktionsgenehmigungen für die Industrie bedeuten, da ansonsten die Zielstellung – 90% CO_2-Emissionen gefährdet wäre?
- Der schnellere Ausstieg aus der **Kernenergie** sorgt in Deutschland für steigende Strompreise. VIK hat errechnet, dass der Atomausstieg zusätzliche Stromkosten in Höhe von 2,15 Milliarden Euro verursachen wird.[7] Vor diesem Hintergrund muss auch die Frage geprüft werden, wie sich die Zukunftsszenarien entwickeln, sollte Kernenergie nicht mehr als Option zur Verfügung stehen (etwa nach einem Kernkraftunfall in Europa).
- Die Ergebnisse der Dekarbonisierungsszenarien gehen alle davon aus, dass **weltweite Klimaschutzmaßnahmen** unter Abschluss und Berücksichtigung eines weltweiten Klimaschutzabkommens existieren. Das ist Basis für ein “level playing field“, auf das die europäische Industrie für den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit so elementar angewiesen ist. Unter dieser Voraussetzung wären dann auch höhere Kosten ohne größeren Verlust an Produktionen akzeptabel. Angesichts fehlender gefundener konkreter Regelungen auch während der 17. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 17) in Durban im Dezember 2011 erscheint diese Grundvoraussetzung allerdings mehr als fraglich. Unklar bleibt allerdings, was die Konsequenzen wären, falls es nicht zu weltweiten Maßnahmen kommt und die EU auch in Zukunft Vorreiter in Isolation bleiben würde. Diese Frage müsste der Energiefahrplan 2050 dringend beantworten, denn einen Alleingang auch noch 2050 kann und darf es nicht geben!

[7] Für den Vergleich mit Deutschland wurden dazu die Strompreise in Großbritannien und Skandinavien herangezogen. Vgl. VIK-Mitteilung 2-12, „Einfluss der Energiewende 2011 auf die deutschen Strompreise – eine Analyse des VIK“, S. 30-36.

- In diesem Zusammenhang unterstützt VIK das Bekenntnis zu Schutzmaßnahmen **für die europäische Industrie**. Da Europa über eine starke industrielle Basis verfügt, ohne die ein Mammutprojekt wie der Energiefahrplan 2050 nicht denkbar wäre und die deshalb weiter gestärkt werden muss, sind beim Umbau des Energiesystems Verzerrungen und Verluste in der Industrie dringend zu vermeiden. Schutzmaßnahmen gegen die Verlagerung von CO_2-Emissionen müssen in Abhängigkeit von den Anstrengungen von Drittländern genau verfolgt werden.
- Es bleibt beim Bekenntnis zum **Emissionshandelssystem ETS** als zentrale Säule der europäischen Klimapolitik. Die Kombination mit anderen Instrumenten zur Erreichung spezifischer energiepolitischer Ziele sollte mit Beginn der nächsten Handelsperiode möglichst vermieden werden. Höhere CO_2-Preise dürfen deshalb nicht nur als Anreiz für Investitionen gesehen werden. Sie sind auch ein Risiko zur Verlagerung von Wirtschaftsleistung in Drittstaaten. Bei alledem sollte es weiter Mechanismen geben, die Anreize zur kosteneffizienten Emissionssenkung außerhalb Europas geben sowie auf Benchmark beruhende, kostenfreie Zertifikate im Emissionshandel, um den erheblichen Risiken einer Verlagerung von CO_2-Emissionen vorzubeugen. Dabei sind in gleichem Maße die Kostenwirkungen von direkten und indirekten Emissionen zu berücksichtigen.

Abschließend weist VIK auf folgendes hin:

- Die im Fahrplan beschriebenen Szenarien werden über die veranschlagten 40 Jahre deutlichen Veränderungen aufgrund von technologischen Innovationen unterworfen sein.
- Darüber hinaus wird sich die geopolitische und energiewirtschaftliche Gesamtlage in den nächsten 40 Jahren radikal verändern. Es stellen sich dabei u.a. die Fragen, wie China, Indien und die USA 2050 wettbewerbsfähig aufgestellt sein werden und was dann noch im globalen Kontext der Part der Europäischen Union sein wird.
- Schon vorher wird eine Neubewertung energie- und klimapolitischer Ziele erfolgen müssen, wenn nicht bis 2020 ein Internationales Klimaschutzabkommen zustande kommt. Spätestens dann gilt es, EU-Konzepte zu überdenken und Kurskorrekturen je nach weltwirtschaftlicher Gesamtlage anzubringen.
- Generell ist es wünschenswert, in Europa Gelassenheit zu entwickeln und keine überhasteten Schnellschüsse zu forcieren. Im Interesse der europäischen Industrie sind dabei die Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit immer im Blick zu halten.